



Grundsatzklärung der Deutschen Bahn AG zur Wahrung und Achtung der Menschenrechte



Vorwort

Nachhaltigkeit ist für uns als Deutsche Bahn ein zentraler Grundsatz unseres unternehmerischen Handelns und fest in unserer Konzernstrategie Starke Schiene verankert. Wir verfolgen dabei einen ganzheitlichen Ansatz, der sowohl die ökologische, die soziale als auch die wirtschaftliche Dimension von Nachhaltigkeit umfasst.

Wir wissen, dass unternehmerische Verantwortung über wirtschaftliche Kennzahlen hinausgeht. Die Deutsche Bahn hat sich als Mitglied des United Nations Global Compact (UNGC) zur Einhaltung der Prinzipien des UNGC verpflichtet und bekennt sich klar zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Das heißt für uns, Haltung zu zeigen und uns für Menschenrechte sowie hohe Umwelt- und Sozialstandards einzusetzen. Dies steht auch im Einklang mit dem klaren Bekenntnis des Konzernvorstandes und der Mitarbeitenden der DB AG zur sozialen Verantwortung.

Als international agierendes Mobilitäts- und Logistikunternehmen sind wir uns zudem unserer großen Verantwortung innerhalb der Lieferketten bewusst. Daher ist es uns wichtig, eine verantwortungsvolle und nachhaltige Wertschöpfung entlang unserer Lieferkette sicherzustellen – in Deutschland, aber auch in allen anderen Ländern, in denen wir tätig sind. So erwarten wir auch von unseren Zulieferern und sonstigen Geschäftspartner:innen einen respektvollen Umgang mit Mensch und Umwelt als Grundlage für eine zuverlässige und nachhaltige Zusammenarbeit. Für uns sind wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftlich verantwortliches Handeln kein Widerspruch, sondern bedingen einander. Dies ist uns auch in der Zusammenarbeit mit unseren Geschäftspartner:innen wichtig.

Mit weltweit rund 326.000 Mitarbeitenden (Stand: 30.09.2023), jährlich Milliarden Reisenden im Nah- und Fernverkehr sowie einer Vielzahl an Geschäftspartner:innen im Güterverkehr nehmen wir in der Mitte der Gesellschaft einen zentralen Platz ein. Dabei ist für uns klar: Eine nachhaltige und verantwortungsvolle Unternehmensführung kann nur auf der Achtung von Mensch und Umwelt beruhen.



Richard Lutz

Dr. Richard Lutz
Vorstandsvorsitzender



Jens Schwarz

Jens Schwarz
Konzernbetriebsratsvorsitzender



B. Huber

Berthold Huber
Vorstand Infrastruktur



Levin Holle

Dr. Levin Holle
Vorstand Finanzen und Logistik



Evelyn Palla

Evelyn Palla
Vorstand Regionalverkehr



Sigrid Nikutta

Dr. Sigrid Nikutta
Vorstand Güterverkehr



Michael Peterson

Dr. Michael Peterson
Vorstand
Personenfernverkehr



D. Gerd tom Markotten

Dr. Daniela Gerd tom Markotten
Vorstand Digitalisierung und
Technik



Martin Seiler

Martin Seiler
Vorstand Personal
und Recht

Inhalt

I. Einleitung	06
II. Unser Bekenntnis zu nachhaltiger und verantwortungsvoller Unternehmensführung	07
III. Unsere Maßnahmen zur Umsetzung unserer Sorgfaltspflichten	08
01 Umfassendes Risikomanagement	08
02 Präventions- und Abhilfemaßnahmen	10
03 Beschwerdeverfahren	11
04 Berichterstattung und Dokumentation	12
05 Verantwortlichkeiten	12
IV. Unsere prioritären menschenrechtlichen und umweltbezogenen Themen	14
01 Risiken im eigenen Geschäftsbereich	14
02 Risiken im Zuliefererbereich	15
V. Unsere Erwartungen an unsere Mitarbeitenden und Geschäftspartner:innen	16
VI. Kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Sorgfaltsprozesse	17

I. Einleitung

Als führender Mobilitäts- und Logistikanbieter sind wir als Deutsche Bahn AG in über 130 Ländern weltweit aktiv und beschäftigen rund 326.000 Mitarbeitende (Stand: 30.09.2023). Der Fokus unserer Geschäftstätigkeit liegt auf dem Schienenverkehr in Deutschland. Dabei ist unser Anliegen die stärkere Verlagerung von Verkehr auf die klimafreundliche Schiene. Hierfür setzen wir auf einen integrierten Betrieb von Verkehr und Eisenbahninfrastruktur, eine ökonomisch und ökologisch intelligente Verknüpfung aller Verkehrsträger sowie die Zusammenarbeit in deutschen, europäischen und internationalen Netzwerken.

Dabei sind wir uns als global agierendes Unternehmen unserer großen sozialen und ökologischen Verantwortung bewusst. Unser Ziel ist es, entlang unserer Lieferkette eine verantwortungsvolle und nachhaltige Wertschöpfung zu gewährleisten.

Mit der Verabschiedung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)¹ hat der deutsche Gesetzgeber hierfür die Rahmenbedingungen geschaffen. Im Bewusstsein der entscheidenden Rolle von Unternehmen bei der Förderung von Menschenrechten, Umweltschutz und Nachhaltigkeit in globalen Lieferketten sind Unternehmen ab einer bestimmten Größe nun auch gesetzlich verpflichtet, in ihren Lieferketten menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten in angemessener Weise umzusetzen und ein verantwortliches Management ihrer Lieferketten zu etablieren. Ziel ist es, den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt entlang der Lieferketten zu verbessern, die soziale und unternehmerische Verantwortung zu stärken und Durchsetzungspotenziale in Lieferketten zu schaffen.

¹Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959).

²Beschreibung des Verfahrens, mit dem wir unseren Pflichten nach § 4 Absatz 1, § 5 Absatz 1, § 6 Absatz 3 bis 5, sowie den §§ 7 bis 10 LkSG nachkommen.

In dieser Grundsatzklärung bringen wir unsere Selbstverpflichtung und unser Engagement zur Achtung der Menschenrechte und der umweltbezogenen Pflichten zum Ausdruck:

- Wir bekennen uns zu einer **nachhaltigen und verantwortungsvollen** Unternehmensführung.
- Wir beschreiben die **Verfahren**, mit denen wir unsere Sorgfaltspflichten nach dem LkSG umsetzen.²
- Wir gehen auf die im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit besonders relevanten **menschenrechtlichen und umweltbezogenen Themen** ein, die wir aufgrund unserer Risikoanalyse als prioritär identifiziert haben.
- Wir legen die **Erwartungen** fest, die wir an uns sowie an unsere Zulieferer und sonstige Geschäftspartner:innen anlegen, um die Erfüllung menschenrechtlicher und umweltbezogener Pflichten sicherzustellen.

Neben der DB AG sind weitere Gesellschaften des DB-Konzerns aufgrund ihrer Größe selbst nach dem LkSG verpflichtet. Die Grundsatzklärungen dieser DB-Tochtergesellschaften werden jeweils auf der Internetseite der Gesellschaften veröffentlicht. Während die Grundsatzklärung der DB AG die konzernweite Menschenrechtsstrategie vorgibt und ein übergreifendes Risikoprofil des gesamten DB-Konzerns zeichnet, unterscheiden sich die Grundsatzklärungen der verpflichteten DB-Tochtergesellschaften insbesondere dahingehend, dass sie jeweils die konkrete Risikolage der Tochter darstellen.

II. Unser Bekenntnis zu nachhaltiger und verantwortungsvoller Unternehmensführung

Unser unternehmerisches Handeln ist dem Gebot der Nachhaltigkeit verpflichtet. Nachhaltigkeit ist ein zentraler Bestandteil unserer Konzernstrategie. Um eine nachhaltige und verantwortungsvolle Wertschöpfung im eigenen Geschäftsbereich sowie entlang unserer Lieferkette zu verwirklichen, verpflichten wir uns im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit zur Einhaltung und Förderung international anerkannter Menschenrechte, zur Achtung von Arbeitsstandards sowie zum Schutz der Umwelt. Darüber hinaus streben wir an, durch unser Handeln einen positiven Beitrag zum Schutz und zur Förderung der Menschen- und Umweltrechte zu leisten.

Bei der Ausübung unserer Geschäftstätigkeit befolgen wir das geltende Recht. So werden wir auch die Einhaltung des LkSG sicherstellen. Unsere unternehmerischen Aktivitäten beruhen insbesondere auf den folgenden international anerkannten Menschen- und Umweltrechtsstandards:

- der **Internationalen Menschenrechtscharta**, bestehend aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (AEMR) sowie dem Zivilpakt (ICCPR) und dem Sozialpakt (ICESCR),
- den **UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte** (UN Guiding Principles on Business and Human Rights, UNGP),
- den **Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation** (ILO) über grundlegende Rechte und Pflichten bei der Arbeit,
- den zehn Prinzipien des **UN Global Compact** (UNGC),
- den **Leitsätzen für multinationale Unternehmen** der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Wir verfolgen eine ganzheitliche Nachhaltigkeitsstrategie. Diese fußt auf den beiden Säulen Grüne Transformation und soziale Verantwortung. Um unserer ökologischen Verantwortung gerecht zu werden, verfolgen wir über die Einhaltung des geltenden Umweltrechts hinaus einen vorsorgenden Ansatz zum Schutz der Umwelt und treiben die Grüne Transformation der Deutschen Bahn in den vier umweltbezogenen Handlungsfeldern Klimaschutz, Naturschutz, Ressourcenschutz und Lärmschutz voran. Im Rahmen der sozialen Verantwortung bilden vier Haltungen die Grundlage für unser Handeln: die Verantwortung für ein gutes Miteinander, das Engagement für unsere Gesellschaft, die Stärkung von Vielfalt sowie unsere historische Verantwortung. So wollen wir dazu beitragen, auch zukünftigen Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen.



III. Unsere Maßnahmen zur Umsetzung unserer Sorgfaltspflichten

Um unsere menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten noch effektiver wahrzunehmen, richten wir unsere Geschäftstätigkeiten an den Anforderungen des LkSG aus. Wir richten ein angemessenes und wirksames Risikomanagement ein, um gezielte Maßnahmen zur Erfüllung unserer Sorgfaltspflichten umzusetzen. Dabei verstehen wir den Umgang mit menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken als einen Prozess, den wir schrittweise in unseren betrieblichen Strukturen verankern und kontinuierlich verbessern.

1. Umfassendes Risikomanagement

Das Herzstück unseres Risikomanagements ist eine systematische und zielgerichtete Risikoanalyse, bei der wir die potenziellen und tatsächlichen Risiken unseres unternehmerischen Handelns für Mensch und Umwelt ermitteln und bewerten. Im Rahmen unserer jährlichen Risikoanalyse betrachten wir sowohl für unseren eigenen Geschäftsbereich als auch für unsere unmittelbaren Zulieferer insbesondere die folgenden Risikofelder:

- Verstoß gegen das Verbot von **Kinderarbeit**
- Verstoß gegen das Verbot von **Zwangsarbeit** und aller Formen der **Sklaverei**
- Missachtung von **Arbeitsschutz** und **arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren**
- Missachtung der **Koalitionsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf Kollektivhandlungen**
- Verstoß gegen das Verbot der **Ungleichbehandlung** in Beschäftigung
- Verstoß gegen das Verbot des Vorenthaltens eines **angemessenen Lohns**
- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch **Umweltverunreinigungen**
- Widerrechtliche Verletzung von **Landrechten**

- Verstoß gegen das Verbot der Beauftragung oder Nutzung privater/öffentlicher **Sicherheitskräfte**, wenn durch diese aufgrund mangelnder Unterweisung oder Kontrolle Menschenrechte beeinträchtigt werden
- Verbotene/r Herstellung, Einsatz und/oder Entsorgung von **Quecksilber** (Minamata-Übereinkommen)
- Verbotene Produktion und Verwendung von Stoffen im Anwendungsbereich des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (engl. persistent organic pollutants, **POP**) sowie nicht umweltgerechter Umgang mit POP-haltigen Abfällen
- Verbotene Ein-/Ausfuhr **gefährlicher Abfälle** im Sinne des Basler Übereinkommens

Unsere jährliche Risikoanalyse ist zweistufig aufgebaut und beginnt mit einer **abstrakten Risikoanalyse** im Hinblick auf die vorgenannten Risikofelder. Bei der Ermittlung eines abstrakten Risikowerts (sog. Bruttoisiko) berücksichtigen wir eine Vielzahl an Faktoren. Für unseren eigenen Geschäftsbereich und unsere unmittelbaren Zulieferer nehmen wir je Risikofeld eine Länder- und Branchenzuordnung vor. Um abstrakte Risikoprofile von Ländern und Branchen zu erstellen, nutzen wir öffentlich zugängliche länder- und branchenspezifische Informationen und Indizes. Bei der Ermittlung eines Risikowerts beziehen wir außerdem die Schwere eines möglichen Risikoverstoßes ein. Das so ermittelte Bruttoisiko wird anschließend im Hinblick auf die Länder- und Branchenzuordnung plausibilisiert, um auch geschäftsspezifische Risiken wie z. B. grenzüberschreitende Geschäftstätigkeiten mitberücksichtigen zu können.

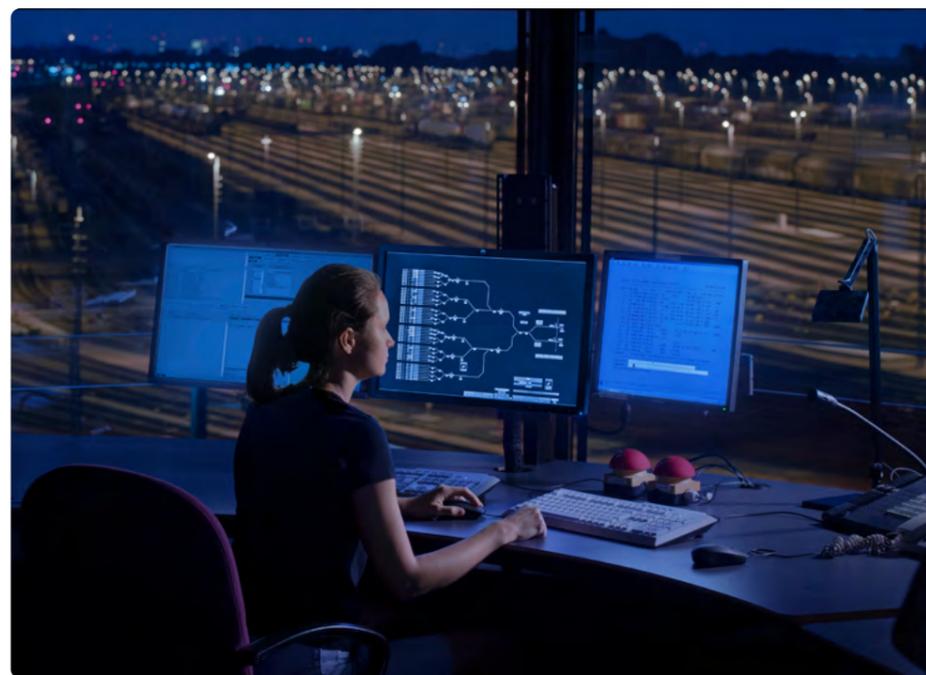
Besonders dann, wenn unsere abstrakte Risikoanalyse erhöhte Bruttoisiken aufzeigt, unterziehen wir anschließend Tochtergesellschaften und Zulieferer einer eingehenderen Untersuchung, die als **konkrete Risikoanalyse** bezeichnet wird. Das Ziel der konkreten Risikoanalyse besteht darin, die tatsächlichen Risiken für Verletzungen von Menschen- und Umweltrechten in unserem eigenen Geschäftsbereich

und innerhalb unserer Lieferkette genau zu identifizieren (sog. Nettoisiken). Um zu bestimmen, welche Gesellschaften und Zulieferer genauer betrachtet werden, verwenden wir einen risikobasierten und relevanzorientierten Ansatz.

Bestehende Risiken können durch angemessene Präventionsmaßnahmen minimiert werden. Um tatsächlich bestehende Risiken (sog. Nettoisiken) zu ermitteln und bereits implementierte risikominimierende Maßnahmen zu identifizieren, nutzen wir Fragebögen, die unsere Gesellschaften und Zulieferer beantworten oder berücksichtigen anerkannte Nachhaltigkeitsbewertungen. Auf diese Weise sind wir in der Lage, (potenziell) fehlende Maßnahmen zur Risikoreduktion zu identifizieren und die Umsetzung (weiterer) effektiver Maßnahmen zur Risikoreduktion zu veranlassen.

Liegen tatsächliche Anhaltspunkte, wie besondere Ereignisse, Hinweise oder Berichte vor, die auf mögliche Risiken oder Verletzungen von menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflichten in unserem eigenen Geschäftsbereich oder unser Lieferkette hindeuten, führen wir zusätzlich **anlassbezogene Risikoanalysen** durch. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn wir substantiierte Kenntnis von möglichen Verletzungen einer menschenrechtsbezogenen oder umweltbezogenen Pflicht bei unseren (un-)mittelbaren Zulieferern erlangen. Ebenso ist eine anlassbezogene Risikoanalyse angezeigt, wenn wir – etwa durch die Einführung neuer Produkte oder den Eintritt in neue Märkte – mit einer wesentlich veränderten oder wesentlich erweiterten Risikolage rechnen müssen.

Wir nutzen die aus den regelmäßigen und anlassbezogenen Risikoanalysen gewonnenen Erkenntnisse, um strategische Entscheidungen wie Markteintritte und -austritte, die Beteiligung an bestimmten Vorhaben oder die Verankerung geeigneter Präventions- und Abhilfemaßnahmen zu unterstützen. Wir streben an, die Vorgehensweise unserer Risikoanalyse kontinuierlich zu verbessern, indem wir unsere Datengrundlage stetig erweitern und die Erkenntnisse, die wir aus der Erfüllung unserer Sorgfaltspflichten und durch unser Beschwerdeverfahren gewinnen, fortlaufend in den Risikomanagementprozess einfließen lassen.



2. Präventions- und Abhilfemaßnahmen

Stellen wir relevante Risiken fest, ergreifen wir geeignete Präventionsmaßnahmen. Hierbei verfolgen wir ebenfalls einen risikobasierten Ansatz und konzentrieren uns zunächst auf die Bereiche, in denen wir die höchsten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken identifiziert haben. Ziel der Präventionsmaßnahmen ist es, einer etwaigen Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht vorzubeugen, indem wir die Risiken minimieren, die durch unsere Geschäftstätigkeit verursacht werden oder zu denen wir beitragen.

Wir ergreifen vielfältige Maßnahmen, die darauf abzielen, die Risiken für Menschen und die Umwelt zu verringern. Dies umfasst sowohl die Weiterentwicklung bestehender als auch die Etablierung neuer Maßnahmen.³

Hervorzuheben sind insbesondere die folgenden Präventionsmaßnahmen:

- Veröffentlichung dieser Grundsatzklärung und Verankerung im DB-Konzern
- Festlegung klarer Verantwortlichkeiten, insbesondere Benennung eines:r Konzern-LkSG-Beauftragten zur Überwachung unseres Risikomanagements
- Umsetzung und Weiterentwicklung unserer Verhaltenskodizes (CoC intern und CoC für Geschäftspartner:innen), insbesondere vor dem Hintergrund der Anforderungen des LkSG

- Risikobasierte Berücksichtigung von menschen- und umweltrechtlichen Anforderungen in unseren Beschaffungsstrategien und Einkaufspraktiken
- Berücksichtigung menschen- und umweltrechtlicher Anforderungen bei der Auswahl neuer Zulieferer (z. B. durch anerkannte Nachhaltigkeitsbewertungen) sowie die vertragliche Zusicherung menschen- und umweltrechtlicher Anforderungen
- Anpassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Beschaffung sowie der Bietererklärung an die Anforderungen des LkSG
- Weiterentwicklung unserer Vertragsklauseln (z. B. zu Auditrechten)
- Durchführung regelmäßiger sowie anlassbezogener risikobasierter Kontrollmaßnahmen
- Risikobasierte Erarbeitung von konkreten Maßnahmenplänen (Corrective Action Plans)
- Risikobasierte Weiterbildung und Sensibilisierung von Mitarbeitenden und Geschäftspartner:innen durch regelmäßige Informationen und Schulungen zu LkSG-relevanten Themen sowie kontinuierliche (Weiter-)Entwicklung von Informations- und Schulungskonzepten
- Austausch und Engagement in Brancheninitiativen (z. B. econsense, Railponsible)
- Konzipieren und Durchführen von Wirksamkeitsprüfungen

Wir bemühen uns, die potenziell von unseren Geschäftstätigkeiten Betroffenen mit ihren vielfältigen Interessen angemessen in die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Erfüllung unserer Sorgfaltspflichten einzubeziehen, um die Wirksamkeit unserer Sorgfaltsmaßnahmen sicherzustellen.

Stellen wir die Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht fest oder steht sie unmittelbar bevor, ergreifen wir unverzüglich angemessene Abhilfemaßnahmen. Diese zielen darauf ab, Verletzungen zu verhindern, zu beenden oder das Ausmaß der Verletzung zu minimieren. Auch hierfür nutzen und erweitern wir unseren Katalog von möglichen Präventions- und Abhilfemaßnahmen.

Bei der konkreten Umsetzung von Präventions- und Abhilfemaßnahmen legen wir Wert auf einen kooperativen Umgang mit unseren Geschäftspartner:innen. Insbesondere bei schwerwiegenden Verstößen behalten wir uns aber das Recht vor, angemessene Sanktionen gegen die:den jeweilige:n Geschäftspartner:in zu verhängen oder – als letztes Mittel – einen Vertrag oder eine gesamte Geschäftsbeziehung zu beenden.

3. Beschwerdeverfahren

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil unserer Sorgfaltsprozesse ist die Bereithaltung eines angemessenen und wirksamen Beschwerdeverfahrens. Hierüber können Meldungen auf menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken sowie Verletzungen menschenrechts- oder umweltbezogener Pflichten gemeldet werden, unabhängig davon, ob sie in der Lieferkette oder unserem eigenen Geschäftsbereich entstanden sind.

Neben der postalischen Kontaktmöglichkeit steht das elektronische Hinweissystem „Business Keeper Monitoring System“ (BKMS) als Beschwerdekanaal zur Verfügung, welches wir entsprechend den Anforderungen des LkSG erweitert haben. Das System kann in 22 Sprachen genutzt werden. Dabei ist der Schutz der hinweisgebenden Personen vor Benachteiligung oder Bestrafung aufgrund von abgegebenen Meldungen ein wichtiger Bestandteil unseres Beschwerdeverfahrens. Alle Meldungen werden streng vertraulich und – auf Wunsch – anonym behandelt.

Wir prüfen alle Meldungen, die im Zusammenhang mit dem LkSG eingehen, um festzustellen, ob der gemeldete Sachverhalt auf ein menschenrechtliches oder umweltbezogenes Risiko oder eine Verletzung von menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflichten hindeutet. Ist dies der Fall, wird die Meldung an die hierfür zuständige Stelle übergeben. Sofern sich ein Anfangsverdacht bestätigt, werden erforderliche Maßnahmen zur Minimierung oder Beendigung von Risiken bzw. Verstößen ergriffen. Alle Meldungen werden von ausgewählten und speziell geschulten Mitarbeitenden bearbeitet. Durch die Implementierung unseres Beschwerdeverfahrens haben wir die Möglichkeit, von uns bislang unbekanntes Risiko oder Pflichtverletzungen zu erfahren. Damit trägt das Beschwerdeverfahren neben der Risikoanalyse entscheidend dazu bei, dass wir unser Risikomanagement kontinuierlich verbessern und fortentwickeln können. Die Wirksamkeit unseres Beschwerdeverfahrens prüfen wir einmal im Jahr sowie anlassbezogen.

Die Verfahrensordnung unseres Beschwerdeverfahrens ist hier öffentlich zugänglich.



³ Ein Überblick über bereits im DB-Konzern bestehende Maßnahmen findet sich im Integrierten Bericht.

4. Berichterstattung und Dokumentation

Neben unseren bereits bestehenden umfassenden Berichtsaktivitäten, insbesondere der integrierten Berichterstattung, berichten wir ab dem Jahr 2024 gegenüber dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) jährlich über die Erfüllung unserer menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten im vergangenen Geschäftsjahr. Den Bericht veröffentlichen wir spätestens vier Monate nach dem Schluss des Geschäftsjahrs auf unserer Internetseite, wo er für sieben Jahre zugänglich ist. Unsere Verfahren zur Erfüllung der gesetzlichen Sorgfaltspflichten werden zudem fortlaufend dokumentiert. Die Dokumentation bewahren wir – beginnend ab dem Zeitpunkt ihrer Erstellung – ebenfalls sieben Jahre lang auf.



5. Verantwortlichkeiten

Die Wahrung der Menschen- und Umweltrechte im eigenen Geschäftsbereich und entlang der globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten ist für den Konzernvorstand von herausragender Bedeutung. Daher liegt die Verantwortlichkeit zur effektiven Umsetzung des LkSG in der DB AG auf oberster Führungsebene in der Verantwortung des Vorstands der DB AG (Konzernvorstand). Er legt seinerseits klare Verantwortlichkeiten fest, um die effektive Umsetzung und Überwachung des Risikomanagements sicherzustellen.

Zur Überwachung der Umsetzung der gesetzlichen Sorgfaltspflichten in der DB AG benennt der Konzernvorstand eine:n Konzern-LkSG-Beauftragte:n. Der Konzernvorstand informiert sich regelmäßig, mindestens einmal jährlich, sowie anlassbezogen über die Arbeit der:s Konzern-LkSG-Beauftragten. Dazu gibt die:der Konzern-LkSG-Beauftragte insbesondere Auskunft über die wesentlichen Ergebnisse der Risikoanalyse, über ergriffene Präventions- und Abhilfemaßnahmen sowie zu Meldungen aus dem Beschwerdeverfahren. Außerdem berichtet er:sie darüber, ob die im Betriebsablauf verankerten Verfahren und die zur Umsetzung der Sorgfaltspflichten ergriffenen Maßnahmen angemessen und wirksam sind. So wird gewährleistet, dass der Vorstand stets über alle relevanten Informationen verfügt, um seiner Verantwortung gerecht zu werden und fundierte Entscheidungen zu treffen.

Der:Die Konzern-LkSG-Beauftragte ist in die Implementierung und Aktualisierung des Risikomanagementsystems eingebunden und führt risikobasierte Kontrollmaßnahmen durch, um die Einhaltung der menschenrechtlichen und umweltbezogenen Pflichten zu überprüfen. Zu den weiteren Aufgaben der:s Konzern-LkSG-Beauftragten zählen u. a. die externe Berichterstattung an das BAFA, das Freigeben der Verfahrensordnung zum Beschwerdeverfahren sowie die Mitwirkung in zentralen Fachgremien der Konzernleitung.

Die Umsetzung der Sorgfaltspflichten wird im DB-Konzern in der Aufbauphase durch ein konzernübergreifendes Projekt koordiniert, das durch die Konzernleitungsfunktion Nachhaltigkeit und Umwelt verantwortet und in Zusammenarbeit mit den Konzernleitungsfunktionen Compliance, Personalstrategie, Recht und Zentrale Beschaffung gesteuert wird.

Innerhalb der DB AG wird die operative Umsetzung der menschenrechts- und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten durch eine:n Konzern-LkSG-Koordinator:in sichergestellt

und gesteuert, der:die durch die verantwortliche Konzernleitungsfunktion Nachhaltigkeit und Umwelt bestimmt wird. Die relevanten Fachbereiche, insbesondere der Einkauf, sind für die praktische Umsetzung der Sorgfaltsprozesse verantwortlich und werden dabei von weiteren Fachbereichen unterstützt. Alle diese Fachbereiche tragen in ihrer täglichen Arbeit zur effektiven Umsetzung der Sorgfaltspflichten bei.

Die Tochterunternehmen der DB AG, welche aufgrund ihrer Größe eigenständig nach dem LkSG verpflichtet sind, nehmen ihre LkSG-Angelegenheiten in eigener Verantwortung wahr und benennen durch ihre Geschäftsleitung ebenfalls jeweils eine:n LkSG-Beauftragte:n, welche:r die Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtungen überwacht. Darüber hinaus wird auch in den verpflichteten DB-Tochtergesellschaften jeweils ein:e sogenannte:r LkSG-Koordinator:in bestimmt, die:der die Umsetzung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten auf operativer Ebene steuert.

Um das LkSG im DB-Konzern im Grundsatz einheitlich umzusetzen, nimmt die Konzernleitung eine Governance-Funktion gegenüber den verpflichteten DB-Tochtergesellschaften wahr. Dies umfasst insbesondere die Erstellung und Fortentwicklung der Menschenrechtsstrategie der DB AG, die Bereitstellung von Methoden und Vorlagen zur dezentralen Umsetzung der Sorgfaltspflichten durch die verpflichteten DB-Tochtergesellschaften sowie die fachliche Steuerung der LkSG-Koordinator:innen in den DB-Tochtergesellschaften.

IV. Unsere prioritären menschenrechtlichen und umweltbezogenen Themen

Wir sind uns bewusst, dass unsere Geschäftsaktivitäten im eigenen Geschäftsbereich und entlang unserer globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten potenziell nachhaltige Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umwelt haben können. Unsere im Jahr 2023 im gesamten DB-Konzern durchgeführte Risikoanalyse ergab zunächst abstrakte Risiken in allen vom LkSG erfassten Risikofeldern. Nach der anschließenden konkreten Risikoanalyse konnten wir feststellen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass diese Risiken tatsächlich eintreten im eigenen Geschäftsbereich überwiegend niedrig ist, weil bereits zahlreiche effektive Präventionsmaßnahmen bestehen. Im Zuliefererbereich konnten wir sowohl niedrige als auch mittlere und hohe Risiken feststellen.

Um unsere Risiken insgesamt (noch) weiter zu reduzieren und präventiv zu handeln, setzen wir Maßnahmen in Bezug auf alle LkSG-Risikofelder um. Unser Fokus liegt dabei insbesondere auf den aufgrund unserer Risikoanalyse priorisierten Risiken.

1. Risiken im eigenen Geschäftsbereich

Für unseren **eigenen inländischen Geschäftsbereich** hat unsere Risikoanalyse ausschließlich niedrige Risiken ergeben. Dennoch priorisieren wir hier das folgende Risikofeld:

- **Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung** (§ 2 Absatz 2 Nr. 7 LkSG)

Die Entscheidung, diesem Risiko Priorität einzuräumen, basiert zum einen darauf, dass uns über unser Beschwerdeverfahren eine relevante Anzahl an Meldungen zu dieser Thematik erreicht hat und wir diese bei unserer jährlichen Risikoanalyse berücksichtigen.

Zum anderen weist der CSR-Risiko-Check für Deutschland einzig für den Bereich „Arbeitsrechte – Diskriminierung“ ein Risiko aus. Dies veranlasst uns dazu, trotz bereits bestehender Präventionsmaßnahmen wie beispielsweise unserem internen Verhaltenskodex (Konzerngrundsätze Ethik), unserem aktiven Diversity-Management (Konzerninitiative „Einziganders“), unserer konzerninternen Ombudsstelle für das Thema Diskriminierung und der Förderung von Frauen in Führungspositionen einen besonderen Fokus auf diesen Themenbereich zu richten.

Unsere Risikoanalyse hat außerdem ergeben, dass die Risiken nachteiliger Auswirkungen auf Mensch und/oder Umwelt in unseren ausländischen Tochtergesellschaften insgesamt höher sind als im eigenen inländischen Geschäftsbereich. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass in Bezug auf diese Tochtergesellschaften höhere abstrakte Risiken auf länderspezifischer Ebene existieren. Im **eigenen Geschäftsbereich im Ausland**⁴ priorisieren wir die folgenden Themenbereiche:

- **Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren** (§ 2 Absatz 2 Nr. 5 LkSG)
- **Missachtung der Koalitionsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf Kollektivverhandlungen** (§ 2 Absatz 2 Nr. 6 LkSG)
- **Verbot des Vorenthaltens eines angemessenen Lohns** (§ 2 Absatz 2 Nr. 8 LkSG)

Insbesondere aufgrund von bereits seit Jahren im Konzern etablierten Präventionsmaßnahmen (z. B. vielfältige Maßnahmen im Bereich des Arbeitsschutzmanagements, interner Verhaltenskodex, Gewährleistung der Zahlung des lokalen Mindestlohns), konnten wir zwar keine hohen Risiken in diesen Bereichen feststellen. Wir haben aber beschlossen, diese Themen zu priorisieren, weil mindestens zwei unserer ausländischen Gesellschaften nach Abschluss der konkreten Risikoanalyse ein relevantes Risiko in diesem Kontext aufweisen oder Konzernrichtlinien auf Tochtergesellschaften mit Sitz außerhalb Deutschlands nicht anwendbar sind.

2. Risiken im Zuliefererbereich

In unserer unmittelbaren Lieferkette haben wir nach Durchführung der jährlichen Risikoanalyse in den folgenden Bereichen am häufigsten ein hohes Risiko festgestellt:

- **Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren** (§ 2 Absatz 2 Nr. 5 LkSG)
- **Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung** (§ 2 Absatz 2 Nr. 7 LkSG)
- **Verbot der Herbeiführung einer schädlichen Bodenveränderung, Gewässerverunreinigung, Luftverunreinigung, schädlichen Lärmemission oder eines übermäßigen Wasserverbrauchs** (§ 2 Absatz 2 Nr. 9 LkSG)
- **Verbotene Produktion und/oder Verwendung von persistenten organischen Schadstoffen (POP) sowie nicht umweltgerechter Umgang mit POP-haltigen Abfällen** (§ 2 Absatz 3 Nr. 4-5 LkSG)
- **Verbotene Ein-/Ausfuhr gefährlicher Abfälle im Sinne des Basler Übereinkommens** (§ 2 Abs. 3 Nr. 6-8 LkSG)

Zu sämtlichen vorgenannten Themen enthält unser externer Verhaltenskodex bereits Vorgaben, die durch risikobasierte Abfragen (z. B. über EcoVadis Ratings) und Audits bei Zulieferern überprüft werden.

Hinsichtlich der festgestellten und prioritären Risiken führen wir sowohl im eigenen Geschäfts- als auch im Zuliefererbereich sensibilisierende Workshops mit den relevanten Entscheidungsträger:innen durch. Auf Grundlage dieser Workshops ergreifen wir dann weitere Maßnahmen, wie beispielsweise die Anpassung unserer Beschaffungspraktiken.

Veränderte prioritäre Risiken aufgrund künftiger oder anlassbezogener Risikoanalysen veröffentlichen wir in der nächsten Aktualisierung der Grundsatzklärung.



⁴Ausgenommen Schenker AG. Von einer Integration der Ergebnisse der Risikoanalyse von DB Schenker in das hier dargestellte konzernübergreifende Risikoprofil des DB-Konzerns wurde aufgrund unterschiedlicher Methodik im Rahmen der Risikoanalyse abgesehen. Die priorisierten Risiken von DB Schenker ergeben sich aus der Grundsatzklärung der Schenker AG.

V. Unsere Erwartungen an unsere Mitarbeitenden und Geschäftspartner:innen

Wenn es um die Einhaltung unserer menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten geht, haben wir hohe Erwartungen an uns und unsere Geschäftspartner:innen. In Kenntnis der in Abschnitt IV. identifizierten prioritären Risiken und in Bekräftigung des in Abschnitt II. dargelegten Bekenntnisses zu nachhaltiger und verantwortungsvoller Unternehmensführung haben wir folgende Erwartungen:

Wir haben den Anspruch, unsere Geschäftstätigkeit ethisch und rechtlich einwandfrei auszuüben und an den in dieser Grundsatzklärung aufgeführten Prinzipien auszurichten. Dieser Anspruch ist untrennbar verbunden mit der Art und Weise, wie wir uns in unserer Arbeit verhalten. In unserer Geschäftstätigkeit befolgen wir das geltende Recht und respektieren international anerkannte Menschen- und Umweltschutzstandards.

Unser Engagement für die Achtung der Menschenrechte und der Umwelt zeigt sich bereits in unserem internen Verhaltenskodex (**Konzerngrundsätze Ethik**), in dem wir unsere Standards und Erwartungen an unser tägliches Verhalten verbindlich festschreiben. Alle Vorständ:innen, Geschäftsführer:innen, Führungskräfte und Mitarbeitenden weltweit sind den in unserem internen Verhaltenskodex niedergelegten Prinzipien verpflichtet. Den Führungskräften kommt dabei eine besondere Vorbildfunktion zu.

Bei der Umsetzung unserer gesetzlichen Verpflichtungen nach dem LkSG erwarten wir von unseren Mitarbeitenden, dass sie mit ihren täglichen Entscheidungen dazu beitragen, unsere menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten bestmöglich zu erfüllen.

Als internationales Unternehmen sind wir uns bewusst, dass wir eine Verantwortung haben, die über unser eigenes Handeln hinausgeht. Wir stellen daher nicht nur hohe Anforderungen an uns selbst, sondern fordern soziale und ökologische Standards gleichermaßen von unseren Geschäftspartner:innen ein. Wir erwarten, dass diese ihre Geschäftstätigkeit ebenfalls integer ausüben, angemessene Prozesse zur Achtung der Menschen- und Umweltrechte implementieren und geeignete Maßnahmen ergreifen, um unsere Erwartungen in ihrer Lieferkette bekannt zu machen.

Unsere konkreten Anforderungen und Grundsätze für die Zusammenarbeit mit unseren Geschäftspartner:innen legen wir in unserem **DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner** fest. Zulieferer und weitere Geschäftspartner:innen verpflichten sich, unseren Verhaltenskodex oder gleichwertige Anforderungen einzuhalten.

Um sicherzustellen, dass unsere Zulieferer und Geschäftspartner:innen die gleichen hohen Standards wie wir einhalten und diese Standards entlang ihrer Lieferkette kommunizieren, arbeiten wir eng mit ihnen zusammen. Wir fördern die Transparenz und den Austausch von Informationen, um sicherzustellen, dass sie unsere Erwartungen verstehen und diese erfüllen. Wir erwarten, dass sie ehrlich, verantwortungsbewusst, transparent und fair handeln. Teil unserer Erwartungen ist, dass unsere Zulieferer und Geschäftspartner:innen auf Aufforderung Informationen darüber bereitstellen, wie unsere Grundsätze eingehalten werden. Sollte unser eigenes Verhalten zu einer Situation führen, die es den Zulieferern erschwert, unsere Grundsätze einzuhalten, ermutigen wir unsere Geschäftspartner:innen, uns proaktiv zu informieren, und streben an, gemeinsam geeignete Lösungen zu finden.

VI. Kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Sorgfaltsprozesse

Wir sind uns bewusst, dass die Umsetzung der menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten ein fortlaufender Prozess ist. Die vorliegende Grundsatzklärung prüfen wir daher jährlich sowie anlassbezogen und werden sie unverzüglich aktualisieren, sofern wir beispielsweise veränderte oder erweiterte Risiken feststellen.



Impressum

Herausgeber
Deutsche Bahn AG
Nachhaltigkeit & Umwelt
Potsdamer Straße 8
10785 Berlin

Stand: November 2023

deutschebahn.com/menschenrechte

Bilder

Deutsche Bahn AG / Oliver Lang: Titel
Deutsche Bahn AG / Max Lautenschläger: S. 2, S. 7, S. 9, S. 11, S. 12
Deutsche Bahn AG: S. 2
Deutsche Bahn AG / Hans-Christian Plambeck: S. 2
Deutsche Bahn AG / Urban Zintel: S. 2
Deutsche Bahn AG / Björn Ewers: S. 15
Deutsche Bahn AG / Dirk Wittmann: S. 17